

NG/FH: Ist dieses Programm nach Ihrer Auffassung Basis für einen neuen Schulterschluss zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften oder ist so etwas in Zeiten des linken Parteienpluralismus ohnehin Vergangenheit? Gibt es immer noch ein besonderes Verhältnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, das durch dieses Programm jetzt gestärkt werden könnte?

Sommer: *Erstens* gibt es genau wie mit anderen Parteien auch eine inhaltliche Zusammenarbeit mit der SPD. *Zweitens* gibt es eine traditionelle Nähe zwischen SPD und Gewerkschaften, die durch dieses

Programm wieder gestärkt wird. Diese ist in den vergangenen Jahren stark in Mitleidenschaft gezogen worden durch die Politik der *Agenda 2010* und dieses Grundsatzzprogramm ist ein Schritt der Normalisierung hin zu einem guten Verhältnis von SPD und Gewerkschaften. Trotzdem: Die Gewerkschaften sind und bleiben Einheitsgewerkschaften. Wir sind parteiunabhängig, was aber nicht ausschließt, dass wir mit einzelnen Parteien sehr gut zusammen arbeiten und ich glaube, dass es auf Grundlage dieses Programms mit der SPD wieder besser möglich sein wird.

NG/FH: Besten Dank.

Gespräch mit Hartmut Kreß

Religion und Politik

Hartmut Kreß, geb. 1954, ist Professor für Systematische Theologie mit Schwerpunkt Ethik in der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn.

NG/FH: Prof. Kreß, zu den Grundwerten und -überzeugungen der Partei heißt es im Programmtext: »Sie versteht sich als linke Volkspartei, die ihre Wurzeln in Humanismus und Aufklärung, christlicher Ethik, marxistischer Gesellschaftsanalyse und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung hat«. Ist dies aus heutiger religionswissenschaftlicher Sicht eine tragfähige Formulierung für ein Grundsatzzprogramm, auch im Vergleich zur CDU, die hier einen ganz anderen Ansatzpunkt hat und etwa vom christlichen Menschenbild spricht?

Hartmut Kreß: In der evangelischen und katholischen Theologie ist strittig, wie die christliche Anthropologie im Einzelnen auszulegen ist. Mit der Formel »christliches Menschenbild« postuliert man einen Anspruch an Eindeutigkeit, der nicht einzulösen ist. Mir gefällt die Bezugnahme auf »christliche Ethik« sehr

viel besser, weil sie den Aspekt einschließt, dass in den christlichen Ethiken ein Binnenpluralismus, eine Mehrzahl von Strömungen und Theorien anzutreffen ist. Im Übrigen enthielt z.B. die katholische Soziallehre wichtige Impulse für die Gesellschaftsgestaltung, etwa das Subsidiaritätsprinzip.

NG/FH: Es hat in der Programmkommission eine Debatte gegeben, ob man in der heutigen Zeit nicht neben der christlich-jüdischen Religion auch den Islam deutlich zur Sprache bringen sollte.

Kreß: Unter der Überschrift »Die Kultur der demokratischen Gesellschaft« hat dies doch seinen Niederschlag gefunden. Für wirklich wegweisend halte ich den Satz, der auf die Wurzeln unserer Kultur in der jüdisch-christlichen Tradition und im Humanismus hinweist und hinzufügt, dass diese geistigen Wurzeln von »arabischer Kultur beeinflusst« seien. Dies zu

betonen, ist im Vergleich zu anderen Dokumenten ein echter Durchbruch.

NG/FH: Aber der Islam ist nicht explizit erwähnt.

Kreß: Es ist sicher schwierig, eine wirklich treffende Formulierung zu finden. Aber dass der Islam der Sache nach überhaupt in den Blick genommen wird, ist bemerkenswert. Ich selbst kann es nur befürworten, den Islam zu nennen; man könnte von der geschichtlichen Prägekraft der islamisch-arabischen Kultur sprechen. Die Tatsache, dass die Toleranz im Grundsatzprogramm so zentral ist, ist ein auffälliger Unterschied zum CDU-Programm mit dessen Begriff der »Leitkultur«. Eigentlich hätte ich mir gewünscht, dass der Programmentwurf – noch deutlicher – von »dialogischer« oder »aktiver« Toleranz geredet hätte. Denn es geht ja nicht nur um Toleranz im schwachen Sinn als bloßes Dulden und Ertragen von gesellschaftlichen Minderheiten.

NG/FH: Sind die Kirchen und Religionsgemeinschaften in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung richtig gewürdigt?

Kreß: Die Kirchen werden deutlich anerkannt. Und es ist sachgerecht, zusammen mit den Kirchen die Religionsgemeinschaften generell zu erwähnen. In europäischen Texten ist dies Standard. Aufgrund des heutigen Pluralismus hätte man in den Programmentwurf noch einfügen können, dass das Staatskirchenrecht zu einem Religions- oder Religionsverfassungsrecht fortentwickelt werden sollte. Jedenfalls finde ich es eindrucksvoll, dass das Programm großen Wert auf die Zivil- und Bürgergesellschaft legt; es ist kein staatszentriertes Programm. Damit orientiert es sich an der Geschichte der SPD, die zunächst eine Bewegung von unten war. Heute sind Konfessionen, Religionen, Weltanschauungen ebenfalls Teile dieser Zivilgesellschaft.

Was die Würdigung der Kirchen anbetrifft: Im Entwurf heißt es zu Recht »wir suchen das Gespräch« und »wir achten

ihr Recht, ihre inneren Angelegenheiten im Rahmen der geltenden Gesetze autonom zu regeln.« Der letzte Satz lehnt sich an das Grundgesetz Art. 140 an. Der Punkt, dass Kirchen und Religionen ihre Angelegenheiten im Rahmen der geltenden Gesetze zu ordnen haben, ist wichtig. Auch innerkirchlich und innerreligiös muss Rechtssicherheit herrschen und Rechtsstaatlichkeit gelten.

NG/FH: Wäre es nach Ihrer Auffassung sinnvoll, auch im Abschnitt über die Wurzeln Europas den Islam zu erwähnen?

Kreß: Ja, das halte ich für sinnvoll. Europa sollte sich an sein islamisch-arabisches kulturelles Erbe erinnern. Das Werk des Aristoteles ist Europa über die Brücke des Islam übermittelt worden. Im »christlichen Mittelalter« war die Medi-

zin von Avicenna geprägt gewesen – und vieles andere. Für die Gegenwart ist zusätzlich zu beachten, dass der Islam plural ist und dass Aufklärung und Säkularisierung auch für den Islam relevant zu werden beginnen.

NG/FH: Welche Kritik gibt es an dem vorliegenden Text?

Kreß: Enttäuscht bin ich von dem Abschnitt, der sich mit moderner Medizin befasst. Zu Gendiagnostik, Reproduktionsmedizin, Transplantationsmedizin, Stammzellforschung usw. überwiegen Kritik und Abgrenzung. Natürlich müssen für die hochtechnisierte Medizin ethische und gesetzliche Normen gelten. Z.B. ist ein Gendiagnostikgesetz überfällig. Insgesamt sollte man den medizinisch-technischen Fortschritt aber akzeptieren und

ihn fördern; denn er ist in hohem Maße auch ein humaner Fortschritt.

Aus meiner Sicht hätte man zu diesem Thema andere Akzente setzen sollen, als der Programmentwurf es macht. Heute ist es notwendig, die Menschen zu befähigen, eigenverantwortlich und eigenständig mit den neuen medizinischen Optionen umzugehen. Das ist auch eine Aufgabe der Bildungspolitik. Bildung sollte Gesundheitserziehung einschließen, und diese betrifft z.B. das Ernährungsverhalten, aber auch den persönlichen Umgang mit den Angeboten der Hochleistungsmedizin, etwa Fortpflanzungsmedizin oder Gendiagnostik. Daher muss Gesundheitskunde ein eigenes Schulfach werden.

NG/FH: Herzlichen Dank.

Gespräch mit Poul Nyrup Rasmussen

»Ich würde einen pro-aktiven Sozialstaat vorziehen«

Poul Nyrup Rasmussen war von 1993 bis 2001 Ministerpräsident in Dänemark, seit April 2004 ist er Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE).

NG/FH: Herr Rasmussen, das neue SPD-Programm, das im Oktober in Hamburg verabschiedet wird, umfasst vier zentrale Punkte: die faire Gestaltung der Globalisierung, das soziale Europa, den Vorsorgenden Wohlfahrtsstaat und die »Neue Wertschöpfung«, womit ein neuer Ansatz in der Wirtschaftspolitik beschrieben wird. Denken Sie, dass damit die wichtigsten Themen für eine moderne sozialdemokratische Partei abgedeckt sind?

Poul Nyrup Rasmussen: Bezüglich einer fairen Globalisierung denke ich, dass wir in den letzten vier bis fünf Jahren die Bedeutung der internationalen Finanzmärkte unterschätzt haben. Diese werden inzwischen von *Private-Equity*-Gesellschaften, *Hedge-Fonds* und den sieben

mächtigsten internationalen Investmentbanken dominiert. Ein erneuter Konflikt zwischen den Finanzmärkten und der Realökonomie wird sich gravierend auswirken. Wir konnten in Europa den durch die Immobiliengeschäfte in den USA verursachten Schaden gering halten, aber auch wir haben die ersten Konsequenzen zu spüren bekommen als diese Blase platzte. Es gab in der Vergangenheit den Fall ENRON, 1998 sind in den USA die *Hedge-Fonds* eingebrochen und im Jahr 2000 gab es die sogenannte *Dotcom*-Krise, bei der Tausende von Arbeitsplätzen im IT-Sektor verloren gingen. Ich habe diesbezüglich einen kritischen Bericht beim Europäischen Parlament vorgelegt.